



Gemeindeversammlung vom 28. November 2017

Botschaft zu Traktandum 6

Ausgangslage

Die Finanzverwaltung verfügte ursprünglich (vor 15 Jahren) über 150 Stellenprocente. Das Sekretariat der Baukommission war damals bei der Einwohnerkontrolle angesiedelt. Die Sekretariatsaufgaben für die Baukommission konnten aber nur ungenügend wahrgenommen werden. Nachdem die Steuererklärungen nicht mehr bei der Finanzverwaltung eingereicht werden mussten, wurde die Stelle der Mitarbeiterin der Finanzverwaltung von 50 auf 40 Stellenprocente reduziert. Gleichzeitig wurde aber eine 40 %-Stelle für das Sekretariat der Baukommission bewilligt und die Stelle durch die Mitarbeiterin der Finanzverwaltung besetzt.

Problemstellung

In den letzten Jahren hat die Bautätigkeit stark zugenommen und die Fälle wurden komplexer und aufwändiger. Immer mehr müssen im Zusammenhang mit Bauvorhaben auch rechtliche Abklärungen getätigt werden und es fällt auch zunehmend Aufwand für Auskunftserteilungen am Schalter an.

Heute beansprucht das Sekretariat der Baukommission effektiv gegen 60 Stellenprocente der Stelleninhaberin; für die Finanzverwaltung bleiben also noch gut 20 Stellenprocente. Dies hat aber bei der Finanzverwaltung wiederum Folgen. Arbeiten bleiben oft länger liegen oder können teilweise nur eingeschränkt wahrgenommen werden (im Sommer 2016 - Umsetzung HRM2 - konnte die Finanzverwaltung z.B. während 4 Monaten keine Mahnungen verschicken oder Betreibungen einleiten).

Bei der Finanzverwaltung ist in den letzten Jahren ebenfalls die Belastung stetig gestiegen. So amtet der Finanzverwalter auch bei der Sekundarschule Unteres Niederamt, bei der ARA und bei der Sozialregion Unteres Niederamt als Revisor. Das Mahn- und Betreuungswesen beansprucht infolge stetiger Zunahme der Fälle (aktuell rund 180 - 200 Betreibungen pro Jahr) immer mehr Zeit. Nicht nur die Neueinführung von HRM2 war ein Kraftakt, auch führt HRM2 selber zu Mehraufwand in der Buchführung.

Überprüfung der Behörden- und Verwaltungs-Organisation 2014

Im Kapitel 5.2 der von Andreas Kämpfer (RPC AG, Bern) im Dezember 2014 fertiggestellten Verwaltungs-Analyse hat damals schon ergeben, dass die Personaldotation der Finanzverwaltung ähnlich wie diejenige der Gemeindeschreiberei knapp bemessen sei.

Problemlösung

Durch die Zusammenlegung von Werk- und Wasserkommission ist dort eine professionelle Unterstützung im administrativen Bereich notwendig. Schon heute erledigt die Sekretärin administrative Aufgaben der Werk- und Wasserkommission im Zusammenhang mit Baugesuchen (einholen fehlender Unterlagen, Weiterleitung von Unterlagen an die zuständigen Kommissionen, Schreiben der Bewilligungen für die Werkkommission, Kopien und Versand von Werkleitungsplänen). Auch ohne die Zusammenlegung von Werk- und

Wasserkommission müsste das Pensum der Sekretärin Baukommission erhöht werden. Der effektive Mehraufwand aus der Zusammenlegung dürfte gut 20 Stellenprocente betragen.

Zwischen Bau-, Werk- und Wasserkommission gibt es sicher Synergien. So sind bei Baugesuchen, wie erwähnt, in der Regel auch die Werk- und Wasserkommission mit Nebenbewilligungen involviert.

Kosten

Die Aufstockung der Stelle um 40 Stellenprocente kostet die Gemeinde rund Fr. 50'000.-- pro Jahr. Für die Zusammenlegung von Werk- und Wasserkommission werden effektiv jedoch "nur" ca. 20 Stellenprocente benötigt, was für diesen Zweck Kosten von Fr. 25'000.- auslöst.

Die Entschädigungen an die Wasserkommission beliefen sich im Jahr 2016 auf Fr. 17'329.--. Die Werkkommission sieht nicht vor, mehr Sitzungen durchzuführen. Es fallen hier also nicht zusätzliche Kosten für Sitzungsgelder an. Administrative Aufgaben, welche bisher durch den Präsidenten bzw. den Aktuar der Werkkommission wahrgenommen wurde, werden an die Verwaltung abgegeben. Damit können die von der Wasserkommission zusätzlich übernommenen Aufgaben im Rahmen der bisherigen Entschädigungen der Werkkommission bewältigt werden. Hier werden also keine Mehrkosten generiert.

Die effektiven Mehrkosten für die Stellenerhöhung im Zusammenhang mit der Zusammenlegung von Werk- und Wasserkommission belaufen sich somit auf "nur" rund Fr. 7'700.--.

Für die Aufstockung der bisherigen 40 Stellenprocente auf 60 % für das Sekretariat der Baukommission fallen die restlichen Fr. 25'000.-- an.

Ein Vergleich mit umliegenden Gemeinden

Abteilung	Schönenwerd (5'034 Einw.)	Gretzenbach (2'730 Einw.)	Däniken (2'780 Einw.)	Dulliken (4'915 Einw.)	Obergösgen (2'230 Einw.)
Gemeindeschreiberei	160 % ⁴⁾	100 %	100 %	100 %	50 %
Einwohnerkontrolle	100 %	70 %	100 %	140 %	100 % ²⁾
Finanzverwaltung	200 %	180 %	200 %	240 %	80 %
Bauverwaltung	140 %	30 % ³⁾	170 %	160 %	30 % ¹⁾

1) Es handelt sich nur um das Sekretariat/die Bauverwaltung ist extern vergeben.

2) Inkl. Gemeindesteueramts

3) Sekretariat/ein Bauverwalter gibt es nicht – Aufgabe wird von der Baukommission wahrgenommen.

4) 60 % Sekretariat für Gemeindeschreiberei und Gemeindepräsident

Niedergösgen: (3'887 Einw.)

Gemeindeschreiberei 100 %

Einwohnerkontrolle 100 %

Finanzverwaltung 120 % ⁵⁾

Bauverwaltung 60 % ⁵⁾

5) Effektive Verteilung. Beschlossen war ursprünglich 140 % Finanz- und 40 % Bau-Verwaltung.

Was wenn die Erhöhung abgelehnt wird?

Die Werkkommission kann im Zusammenhang mit der Übernahme der Wasserkommission nicht entlastet werden. Es stellt sich die Frage, ob die Mitglieder bereit sind, die Mehrbelastung zu tragen. Zudem würde der Aufwand auch dort entschädigt, wenn auch wohl mit tieferen Kosten.

Heute wird erwartet, dass Anfragen von Planern, Bauherren etc. durch die zuständigen Stellen zeitnah beantwortet werden. Dafür müssen sie während den ordentlichen Bürozeiten erreichbar sein. Das kann mit den bisherigen Stellenpensen nicht mehr immer gewährleistet werden.

Es wird immer schwieriger geeignete Leute zu finden, welche sich in der Freizeit für die Gemeinde einsetzen. Oft wird heute auch ausgeschlossen, dass Anfragen und Mailverkehr über den Arbeitgeber laufen können. Generell wird in den letzten Jahren vermehrt Arbeit von den Kommissionen an die Verwaltung delegiert.

Das Problem mit der Arbeitslast aus dem Sekretariat der Baukommission wäre dann nicht gelöst. Die heute noch effektiv für die Finanzverwaltung zur Verfügung stehenden 20 Stellenprozente reichen schlicht nicht aus, das zeigt auch der Vergleich mit anderen Gemeinden. Wenn die Finanzverwaltung aber auf dem ursprünglich bewilligten Pensum von 40 Stellenprozente besteht, stehen für die Baukommission nur noch 40 Stellenprozente zur Verfügung. Das reicht schon bei den heutigen Baugesuchen (70-80 Baugesuche pro Jahr) nicht aus. In absehbarer Zeit ist noch mit einer Zunahme der Gesuche zu rechnen. Vor allem stehen auch einige sehr grosse Bauprojekte an. Folge: Der Pensenberg würde massiv zunehmen und die Durchlaufzeit der Gesuche würde sich sehr stark erhöhen. Soweit wie möglich müssten auch Aufgaben extern vergeben werden, was wiederum Kosten zur Folge hätte.

Seit vielen Jahren ist es die Philosophie der Verwaltung und ihrer Mitarbeiter, für die Einwohner da zu sein. Die Anliegen, Anfragen etc. der Einwohner sollen so gut als möglich und so schnell als möglich beantwortet werden. Das ist aber nur möglich, wenn die dafür nötigen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Antrag an die Gemeindeversammlung vom 28. November 2017

Der Gemeinderat hat anlässlich seiner Sitzung vom 14. November 2017 zuhanden der Gemeindeversammlung vom 28. November 2017 folgenden Antrag gestellt:

Ausbau der Stelle „Bausekretariat“ (Erhöhung Pensum um 40 Stellenprozente auf neu 80 Stellenprozente), neue Bezeichnung der Stelle „Administrative Leitung Bau/Wasser/Werke“, Einreihung der Stelle in den Lohnklassen 5 – 9 und Genehmigung des Stellenbeschriebes.